**Begrüßung**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,

Der im Oktober 2022 eingebrachte Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 sah ein extremes Defizit von knapp EUR 8,2 Mio. im Ergebnishaushalt vor. Das war erschreckend, letztlich aufgrund der „Sondereinnahmen“ bei der Gewerbesteuer in den beiden vorherigen Jahren jedoch absehbar. Daher hat die Gemeinde bereits in den vergangen Jahren Rückstellungen gebildet, die uns heute zugutekommen. Ein Haushaltssicherungskonzept ist daher trotz Defizit nicht nötig. Unser Dank gilt bereits an dieser Stelle dem Bürgermeister, der in diesem Punkt gemeinsam mit seiner Verwaltung Weitsicht bewiesen und zudem die Gemeindevertretung sowie die Öffentlichkeit bei seiner Einbringungsrede am 18.10.2022 schonend auf das Defizit vorbereit hat.

Weitsicht bewies die Verwaltung auch mit den heute ebenfalls vorliegenden Änderungen zum Haushaltsentwurf. Mittel für Investitionen, die in 2023 aus verschiedenen Gründen nicht verausgabt werden können oder sollen, werden auf das Jahr 2024 verschoben. Hiermit – und dank einer positiven Entwicklung bei der Steuerschätzung – verringert sich das Defizit in diesem Jahr auf nur noch knapp EUR 2,1 Mio., was wir sehr begrüßen.

Trotz aller Verbesserung des Ergebnisses: Nötig bleibt am Ende dennoch eine Kreditaufnahme in Höhe von knapp EUR 1,6 Mio. und die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 100 Punkte, was Mehreinnahmen von ca. EUR 400.000 entspricht. Ein Defizit bleibt also ein Defizit! Das müssen wir hier bei aller Diskussion um die vorgesehene Grundsteuererhöhung, auf die ich gleich noch kommen werde, klar festhalten.

Doch zunächst stellt sich folgende Frage: Wie können die Steuermehreinnahmen der vergangenen Jahre zu unserer diesjährigen Haushaltssituation führen? Letztlich reicht ein Blick auf Haushaltsprodukt 6110 „Steuern, Zuweisungen, Umlagen“, um die Misere zu erkennen: Ausbleibende Schlüsselzuweisungen, Zahlungen an die Heimatumlage, Solidaritätsumlage sowie eine höhere Kreis- und Schulumlage sind Folgen dieser Mehreinnahmen.

Als FDP halten wir somit klar fest: Zentrale Ursache des diesjährigen Defizits ist die Systematik des hessischen Haushaltsrechts und des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Beides erzeugt für unsere Haushaltsplanung eine unschöne Unwucht, gegen die wir uns mit Sparmaßnahmen kaum wehren können.

**Grundsteuer**

Zudem steigen wie bei allen Privathaushalten und Unternehmen auch bei der Gemeinde inflationsbedingt die Kosten, und zwar insbesondere im Energiebereich. Diese Mehrkosten müssen gegenfinanziert werden, damit die Gemeinde handlungsfähig bleibt. Die zentrale Frage, an der sich die Geister in den Haushaltsberatungen schieden: Steuern rauf oder neue Schulden? Die CDU will mit ihrem vorliegenden Antrag eine direkte Mehrbelastung der Bürger und Betriebe in der jetzigen Situation vermeiden. Das würde freilich eine höhere Neuverschuldung bedingen, denn irgendwoher muss das Geld schließlich kommen. Die Alternative zu einer solchen zusätzlichen Kreditaufnahme ist, wie es der Gemeindevorstand vorschlägt, die Grundsteuer B zu erhöhen. Als FDP glauben wir, dass die Erhöhung der Grundsteuer auf mittlere Sicht vernünftiger ist, als jetzt weitere Schulden zu machen.

Wie der Blick auf die Zahlen des kommenden Jahres zeigt, werden die absehbar anhaltend hohen Energiekosten eine Erhöhung der Grundsteuer ohnehin spätestens im Jahr 2024 nötig machen, um dann wieder den Haushalt auszugleichen. Für uns ist es daher ehrlich und transparent, diese Erhöhung schon heute vorzunehmen, statt diese Tatsache über Kredite zu verschleiern.

Die Energiekrise ist für ganz Deutschland eine Zumutung, das erkennen wir ganz klar an. Doch das Ansinnen der CDU – die Grünen wollen es mittragen, wie es sich in den Haushaltsberatungen gezeigt hat – führt nur auf den ersten Blick zu einer vermeintlich geringeren Belastung für Bürger und Betriebe.

Denn ein zweiter Effekt des vergangen Jahres – der spürbare Anstieg des Zinsniveaus – muss in der Diskussion ebenfalls Beachtung finden. Denn hier würden die jährlichen Zinskosten für unsere Kommune im Falle einer deutlich höheren Neu-Kreditaufnahme ebenfalls höher ausfallen und zudem künftige Haushalte belasten. Dieser Kosten-Aspekt wird seitens der Fraktionen von CDU und Grünen leider beharrlich ignoriert.

Mit anderen Worten: Es ist für Mainhausen haushaltspolitisch sinnvoller und günstiger, Steuern zu erhöhen, anstatt die Neuverschuldung weiter in die Höhe zutreiben – auch wenn Sie das aus dem Mund eines Liberalen vielleicht überraschen mag. Aber wir reklamieren für uns schließlich auch, die Partei der ökonomischen Vernunft zu sein – und dem wollen wir gerecht werden.

Wenn wir nicht stehen bleiben wollen und die Kommune somit erneut in einen Investitionsstau wie Anfang der 2010er Jahre führen wollen – diesen haben wir aktuell und in den kommenden Jahren noch mit Neubau, Sanierung und Erhalt von Liegenschaften sowie der Erneuerung des Fuhrparks und von Geräten des Bauhofs auszubaden – oder an freiwilligen Leistungen sparen wollen, dann ist die Erhöhung der Grundsteuer B unvermeidlich.

**Ausblick**

Kollege Wißler von der UWG schaut in seinen Haushaltsreden alljährlich voller Neid auf die andere Mainseite nach Bayern, ich möchte den Blick jetzt aber in Richtung unserer Landeshauptstadt richten. Während es in Mainhausen CDU und Grüne heute Abend eint, die Erhöhung der Grundsteuer nicht mitzutragen, so eint es sie auch, dass beide Parteien seit bald zehn Jahren im hessischen Landtag in Wiesbaden koalieren und seither den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen stetig aufs Neue einengen. Hier sei bespielhaft die Regelung zur Kostenerstattung für die „Beitragsfreie KiTa“ erwähnt.

Mit Blick auf die kommenden Jahre, auf eine unklare Situation der Steuereinnahmen, die schwache finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung – natürlich bei immer neuen Aufgaben und Vorgaben! – und unseren Landkreis, der dazu neigt, Gelder für die Kommunen erst einmal selbst zu vereinnahmen und damit den ohnehin geringen Spielraum immer weiter zu schmälern, kann einem Angst und Bange werden. Da ab 2024 dann noch die Kosten für den ÖPNV über die Kreis- und Schulumlage abgedeckt werden, womit aus unserer Sicht der Verlust an Transparenz mit einhergeht, können wir uns angesichts des „Prestigeprojekts“ Hopper und der damit verbundenen Kostenexplosion für die kommenden Jahre warm anziehen.

Schauen wir auch auf die Personalkosten: Die Gemeinde plant gegenüber dem Ist-Zustand von 2021 eine Steigerung von mehr als 50% bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2026. Oder in absoluten Zahlen: Wir geben dann statt EUR 5,6 Mio. EUR 8,5 Mio. EUR für Personal aus – und darin sind die Vorsorgeaufwendungen noch nicht mal berücksichtigt. Steigende Kosten durch neue Tarifabschlüsse und notwendige Aufstockung des Personals im Erzieherbereich bei gleichzeitig schlechter Unterstützung durch das Land – wie sollen wir das bewältigen?

Als kommunale Vertreter fordern wir hier von einer neuen Landesregierung nach der Wahl im Oktober ganz klar größere Unterstützung für die Kommunen. Sollten wir Liberale an dieser beteiligt sein, könnte das sogar etwas werden. Mit Spitzenkandidat Stefan Naas und dem Seligenstädter René Rock haben wir Kandidaten mit großer kommunalpolitischer Erfahrung und einem Herz für frühkindliche Bildung auf den ersten beiden Plätzen.

Neben den steigenden Personalausgaben bereiten aber auch die Sachkosten Sorgen. Beim Bauhof wurde und wird nach Jahren des Verzichts die Erneuerung des Fuhrparks nötig. Aber auch Pflichtanschaffungen wie bei der Feuerwehr mit einem neuen Logistik-Fahrzeug, nun zunächst auf das kommende Jahr geschoben, und stetig neue Standards in der IT sind, ganz abgesehen von allen anfallenden Bau- und Erhaltungsmaßnahmen, zu nennen.

Ein Hoffnungsschimmer bleibt die Digitalisierung der Verwaltung und damit einhergehende Sparpotentiale. Doch wann werden diese Früchte tragen? Was ermöglicht das Onlinezugangsgesetz, das ja leider nur schleppend umgesetzt wird?

Für die Zukunft heißt das neue Kreativität. Wie Mainhausen geht es dem überwiegenden Teil der umliegenden Kommunen. Man könnte der Landesregierung fast Systematik bei der schlechten finanziellen Ausstattung der Städte und Gemeinden unterstellen. Die Idee der schwarz-grünen Landesregierung, eine Gebietsreform durch die Hintertür per Zwangskooperation der Mittelzentren durchzuführen, ist am Veto der CDU-Kommunalen gescheitert. Nun stellt sich angesichts der aktuellen finanziellen Bedingungen erneut die Frage nach Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit.

Wir können als Mainhäuser FDP nur hoffen, dass eine neue Landesregierung, ob nun mit oder ohne liberale Beteiligung, die Not der Kommunen endlich erkennt und hier für eine kommunale Zeitenwende sorgt. Der Blick über den Main zeigt ja bekanntlich, dass es im Umgang mit Kommunen auch anders geht.

**Schluss**

Insgesamt ist dieser Haushalt mit den erwähnten Punkten für uns zustimmungsfähig. Insbesondere ein um die zu Beginn geschilderten Sondereffekte bei Steuern, Zuweisungen und Umlagen bereinigter Blick offenbart einen soliden Haushaltsentwurf.

Zum Abschluss möchten wir an dieser Stelle unseren Dank an all diejenigen richten, die ihren Beitrag zum Zusammenstellen dieses Zahlenwerks geleistet haben:

Unser herzlicher Dank gilt den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, hier besonders zu erwähnen die Damen Ute und Petra Spielmann, und auch nochmals Herr Wolfgang Walter, die die Ausschusssitzungen seitens des Hauptamts gemeinsam begleitet haben, um alle aufkommenden Fragen fleißig zu beantworten. Ebenso gilt unser Dank den Mitarbeitern der Kindertagesstätten, des Bauhofs und des Eigenbetriebs. Auch an dieser Stelle noch mal unser Dank an die Verwaltungsspitze rund um Bürgermeister Frank Simon und auch allen Kollegen aus den politischen Gremien für den sachlichen und fairen Austausch in den Beratungsrunden.

Vielen Dank.